

## MEHR FREIHEIT WAGEN!

### ○ INFORMIEREN UND DABEI SEIN

Bitte senden Sie mir unverbindlich die Satzung sowie weitere Unterlagen des Mittelstandsforum der Alternative für Deutschland e.V. zu und laden mich zukünftig zu Ihren Veranstaltungen ein.

### ○ PERSÖNLICHES GESPRÄCH

Ich möchte mehr über das Mittelstandsforum der Alternative für Deutschland e.V. sowie über die Möglichkeiten einer Unterstützung oder einer Mitarbeit erfahren und bitte um ein persönliches Gespräch.

### ○ AUFNAHMEANTRAG Personenmitgliedschaft

JA, ich möchte persönliches Mitglied im Mittelstandsforum der Alternative für Deutschland e.V. werden. Bitte senden Sie mir einen Aufnahmeantrag zu.  
(Jahresbeitrag 120 EUR)

### ○ AUFNAHMEANTRAG Firmenmitgliedschaft

JA, meine Firma möchte Mitglied im Mittelstandsforum der Alternative für Deutschland e.V. werden. Bitte senden Sie mir einen Aufnahmeantrag zu.  
(Jahresbeitrag ab 250 EUR)

### ○ AUFNAHMEANTRAG Fördermitgliedschaft

JA, ich möchte Fördermitglied im Mittelstandsforum der Alternative für Deutschland e.V. werden. Bitte senden Sie mir einen Aufnahmeantrag zu.  
(Jahresbeitrag 240 EUR)

Bitte zutreffendes ankreuzen!

## Weniger Steuern!

Einführung einer fixen Steuer- und Abgabenquote sowie einer Staatsausgabenquote im Grundgesetz. Festschreibung der durch den Staat verursachten Gesamtbelastung auf einen maximalen Prozentsatz im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt analog zur Schuldenbremse, welche die Nettokreditaufnahme des Staates begrenzt.

**Abschaffung der Gewerbesteuer:** Zur Stützung kommunaler Selbstverwaltung soll den Kommunen eine andere von ihnen bestimmbare Besteuerungsquelle eröffnet werden.

**Ersatzlose Abschaffung der Erbschaftsteuer,** um vor allem einen reibungslosen Generationenübergang von Familienbetrieben zu gewährleisten.

**Steueraufkommensneutrale Harmonisierung und Verringerung der Umsatzsteuersätze;** Befreiungen bzw. Ermäßigungen nur bei lebensnotwendiger Daseinsvorsorge und bei Leistungen für Kinder. Erhöhung Kleinunternehmeroptionsgrenze auf jährlich 50.000 EUR. Vollständige Umstellung auf „Ist“-Versteuerung anstelle „Soll“-Versteuerung.

**Internationale Unternehmensbesteuerung** der Wertschöpfung in dem Land, in dem der Gewinn ökonomisch entstanden ist. Gegen ein eigenes Steuererhebungsrecht der EU.

**Wegfall der Arbeitgeberbeiträge für Arbeitnehmer** im Rentenalter und fortschreitende Verringerung ihrer Steuerlast, um die freiwillige Weiterbeschäftigung dieser meist gut ausgebildeten Arbeitnehmer zu fördern.

**Stetige Verringerung nominaler Staatsverschuldung** durch regelmäßige Tilgungsquote, um höhere Zinsaufwendungen bei steigendem Zinsniveau zu vermeiden. Neben direkten öffentlichen Schulden (ca. 2,2 Bill. EUR) auch Berücksichtigung der Beamtenruhegelder (ca. 1,1 Bill. EUR) sowie der von Deutschland zu leistenden EU-Garantien, EU-Bürgschaften, EU-Haftungen und EU-Kredite (ca. 1,5 Bill. EUR).

## Eine andere Asylpolitik!

**Umgehender Abbau** der im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarstaaten unverhältnismässig hohen finanziellen Anreizfaktoren für Asylbegehrende. Deutliche Unterscheidung bei der Höhe staatlicher Transferleistungen zwischen Hilfen für deutsche Staatsbürger und denen für Asylbegehrende sowie für EU-Ausländer.

**Sofortiger Stopp** des bislang von der Bundesregierung rechtswidrig geförderten sowohl ungesteuerten als auch unkontrollierten Zustroms von gering oder gar nicht qualifizierten Einwanderern direkt in unsere Sozialsysteme bzw. in kommunale Sozialhaushalte unter dem Deckmantel der Asylgesetzgebung (Verstoß gegen Art. 16a, Absatz 2 Grundgesetz).

**Stattdessen arbeitsmarktgerechte** Steuerung einreisewilliger Antragsteller durch Einführung eines für alle politisch nicht Verfolgten (= 98 % der Asyl-Antragsteller) geltenden Einwanderungsgesetzes, das ausreichend hohe Mindestqualifikationen oder Mindestvermögen als Voraussetzung für einen Aufenthalt zum Zwecke einer späteren Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft vorschreibt.

**Erlangung deutscher Staatsbürgerschaft** frühestens nach acht Jahren sozial-versicherungspflichtiger Tätigkeit oder erst zwei Jahre nach Mindestinvestition von 500.000 EUR in deutsche Unternehmen bzw. in deutsche Immobilien.

**Wiederherstellung rechtsstaatlicher** Verhältnisse und damit der Souveränität Deutschlands in der Frage, wen lassen wir hinein und wen nicht. Umgehende Einführung von Grenzkontrollen und Sicherungsmaßnahmen entlang der deutschen Grenzen. Einlassungsgewährung nur mit gültigen Ausweispapieren und Zulassung des Grenzübergtritts für Asylbegehrende erst nach positivem Bescheid.

**Keine Gewährung** von Kindergeld und Krankenkassenleistungen mehr an im Ausland lebende nichtdeutsche Staatsbürger.

# Mittelstandsforum der Alternative für Deutschland e.V.

im Freistaat Sachsen

**Wer wir sind.  
Was wir wollen.  
Wen wir ansprechen.**

**FREIHEIT statt  
SOZIALISMUS**

Mehr privat – weniger Staat!



MITTELSTANDSFORUM

## WER SIND WIR?

Wir sind sächsische Unternehmer, Geschäftsinhaber, Handwerker, Freiberufler, Selbständige, Land- und Forstwirte sowie Vorstände, Geschäftsführer und leitende Angestellte, die Alternativen vor allem zur derzeitigen Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik aufzeigen und von denen sich einige auch in der AfD engagieren, der Partei des gesunden Menschenverstandes.

Wir haben deshalb am 24. Januar 2015 mit Gleichgesinnten aus ganz Deutschland das Mittelstandsforum der Alternative für Deutschland e.V. gegründet, das in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der AfD die besonderen Interessen des unternehmerischen Mittelstandes vertritt. Unser Landesverband stellt sich vor allem die Aufgabe, Berufs- und Standesinteressen seiner Mitglieder wahrzunehmen und die Interessen der sächsischen mittelständischen Wirtschaft zu vertreten.

Unsere Mitglieder repräsentieren ein breites Spektrum des gesellschaftlichen Mittelstandes in Sachsen, das vom selbständigen Einzelunternehmer über den angestellten Geschäftsführer bis zum Firmeninhaber mit mehreren hundert Mitarbeitern reicht.

Wir bekennen uns zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zur sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards auf christlich-ethischer Grundlage. Eine solche Marktwirtschaft ist aus unserer Sicht am besten geeignet, Wohlstand für alle Deutschen zu schaffen und dauerhaft zu sichern, gemäß dem bewährten Leitspruch: „Kein Wohlstand ohne starken Mittelstand.“

Eigenverantwortung, Vertragsfreiheit, Privateigentum, Bürokratieabbau und der Marktpreis als wesentlicher Steuerungsmechanismus sowie die Sicherstellung des Wettbewerbs sind unverzichtbare Elemente eines vom Staat zu gewährleistenden rechtlichen Handlungsrahmens. Ebenso gehören Unabhängigkeit und konsequente Trennung der drei Staatsgewalten Legislative, Exekutive und Judikative zu unserem Verständnis eines funktionierenden Rechtsstaates.

## WAS WOLLEN WIR?

Umgehende Beendigung der gegen Russland verhängten Sanktionen, die für viele exportorientierte sächsische Unternehmen existenzbedrohend sind. Gründung einer eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft, u.a. mit Russland, China und Iran.

Keine internationalen Handelsabkommen wie TTIP oder CETA, die über nationalem Recht stehende eigene Industriestandards festschreiben und gleichzeitig öffentlichen Investitionsschutz gewähren. Überprüfung von Normeinhaltung und Staatshaftungsfällen nicht allein durch intransparente private Schiedsgerichte – sonst auf Grund der Einzelstaatshaftung unkalkulierbares finanzielles Risiko für alle Steuerzahler und den Mittelstand.

Konsequente Durchsetzung marktwirtschaftlichen Wettbewerbs mit gleichen und eindeutigen Regeln für alle Marktteilnehmer unabhängig von deren Größe oder Rechtsform und strikte Begrenzung planwirtschaftlicher Eingriffe in funktionierende Märkte mittels staatlicher oder EU-Subventionen.

Beendigung des staatlich sanktionierten Bankensozialismus mit seiner Aussetzung unternehmerischer Manager-Haftung zu Lasten der Steuerzahler und des deutschen Mittelstandes. Keine Sozialisierung der aus Fehlspekulationen entstandene Verluste und gleichzeitige Privatisierung der neu entstehenden Gewinne mehr. Handeln und Verantwortung gehören zusammen.

Strukturelle Änderung des Währungs- und Geldsystems im EURO-Raum und sofortige Einstellung der intransparenten Staatsanleihenkäufe in Billionenhöhe. Das damit verbundene ungebremste Geldmengenwachstum führt zu kontinuierlicher innerer Geldentwertung – zum Nachteil deutscher Sparer und des Mittelstandes.

Pragmatische Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes mit dem Ziel marktgerechter und transparenter Preise, hoher Versorgungssicherheit, verbrauchsnahe Erzeugung sowie Vermeidung von Landschaftszerstörung.

Deutliche Reduzierung aller Vorschriften und Einschränkungen der Energie-Einspar-Verordnung – dadurch wirkungsvoller Umweltschutz ohne unnötige Preiserhöhungen.

Umfassende Reform des derzeitigen Mindestlohngesetzes und sofortiger Abbau der Verwaltungsbürokratie beim Mindestlohnverfahren. Keine Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch den Staat, sondern durch vorhandene Vertragsparteien. Vereinbarte Vollzeit-Arbeit muss Leben ohne staatliche Transferleistungen ermöglichen.

Begrenzung der schleichenden Umwandlung bestehender mittelständischer Besitzverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft hin zu anonymen Investmentfonds und großindustriell strukturierten Agrarbetrieben in der Nachfolge früherer LPG.

Wiedergutmachung des in der Sowjetischen Besatzungszone an Tausenden illegal enteigneter mittelständischer Unternehmer, Land- und Forstwirte verübten Unrechts, das auch nach 1990 durch die Bundesregierung nicht rückgängig gemacht worden ist.

Rehabilitierung des unternehmerischen Mittelstandes in der öffentlichen Darstellung, wie es dem Hauptleistungserbringer des Wohlstandes in Deutschland zusteht. Etablierung einer Willkommenskultur für mittelständische Existenzgründungen, für Investoren und für Familiengründungen. Es muss für junge Menschen als erstrebenswert gelten, selbständig tätig zu werden und die eigenen Kinder dafür zu begeistern.

Verbesserung des Zahlungsverhaltens insbesondere von öffentlichen Auftraggebern gegenüber Handwerksbetrieben durch Professionalisierung kommunalen Zahlungsverhaltens sowie Überarbeitung des Gesetzes zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr und der Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen. Wir stehen für einheitliche Regelungen bei öffentlicher und privater Auftragsvergabe.

**ABSENDER**

auch per **Fax** an:  
**0351 - 26 54 78 69**  
oder eingescannt  
per **E-Mail** an:  
**sachsen@afd-mittelstand.de**

Bitte  
freimachen

Vorname, Name

Name der Firma

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon (persönliche Durchwahl)

E-Mail (persönliche Adresse)

Ort, Datum

Unterschrift

Bitte ausgefüllt zurück senden an:

**AfD-Mittelstandsforum Sachsen**  
c/o Rechtsanwalt Dr. J.M. Keller  
Reisewitzer Straße 44  
01159 Dresden